

Seite 2: Zur Person: Markus Kurowski / Petra Pau: „Birne“ und anderes Fallobst
Seite 3: Abgewickelt - Niedergang und Chance / Roter Mohn und rotes Sofa: Vernissage mit Hannelore Jäger
Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Ge-

denken in der BVV-Sitzung
Seite 5: Juliane Witt: Auf dem Weg zum Bilderschloss / Wolfgang Brauer: Warum ein neuer Untersuchungsausschuss?
Seite 6: IGA 2017 / Maschinenstürmer im 21. Jahrhundert / Aus den Siedlungsgebieten:

Ein Bürgerhaus für Mahlsdorf-Süd!
Seite 7: Keine Leute, keine Leute ... / Hakan Tas: Gespräche, worüber denn!? / Mein Gott heißt Lessing
Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine / Hinten links

Freihandel: TTIP, CETA, TISA

TTIP ist endlich ein Begriff in den Mainstream-Medien und immer mehr Bürgerinnen und Bürger fragen, warum das Abkommen seit dem Sommer 2013 hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. TTIP steht für das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU.

Tatsächlich geht es darum, demokratische und soziale Standards abzusenken und die eigene Konkurrenzposition in der Weltwirtschaft zu stärken. Hilary Clinton nennt das

des TTIPplus. „Plus“ weil das, was bekannt wurde, noch das TTIP übertrifft, vor allem bei den Festlegungen zum Urheberrecht. Damit käme das vom Europäischen Parlament abgelehnte ACTA durch die Hintertür zur Wirkung. Ergo: die Totalüberwachung des Internets, wo nicht mehr frei Informationen und Wissen angeeignet und weitergegeben werden könnten. Mit CETA würde auch TISA noch wahrscheinlicher. Hinter TISA



„WirtschaftsNATO“. Ähnliches gilt für CETA, das bereits fertig verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Wird das Geheimdokument angenommen und ratifiziert, kommen u. a. in Kanada ansässige US-Konzerne schon einmal in den Genuss

verbirgt sich ein seit 2012 ebenfalls geheim verhandeltes Dienstleistungsabkommen. Diesmal sind nicht nur die EU, die USA und Kanada aktiv, sondern auch die Türkei, Südkorea, Hongkong, Israel, die Schweiz u. a.. Inländische und ausländische Unternehmen

sollen einander gleichgestellt werden und die Unternehmen der vorerst 50 Verhandlungspartner hätten ungehinderten Zugang zu allen Märkten. Liberalisierungen und Privatisierungen dürften nach dem Abkommen, das den WTO-Mitgliedern offensteht, nicht rückgängig gemacht werden.

Es gibt also gute Gründe, „ein Handelshindernis“ zu werden und sowohl über die Vorhaben der Konzerne und ihrer politischen Partner auch über Aktionen und Möglichkeiten, sie zu verhindern, aufzuklären. Am 18.4.2015 wird es einen transnationalen Aktionstag gegen diesen „Freihandel“ geben.

Dr. Judith Dellheim

Literaturhinweise:

<http://www.dielinke-europa.eu/topic/1026.dossiers.html?tcid=21>

<http://www.linksfraktion.de/klar/geheimabkommen-bedrohen-alltag/>

<http://www.rosalux.de/publication/40971/freihandel-als-waffe-im-globalen-machtkampf.html>

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/tisa/>

Zur Person: **Markus Kurowski**

DIE LINKE muss klarer erkennbar sein

Markus Kurkowski ist Teil der Jugendgruppe der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf. Er ist 32, geborener Cottbuser, lebt aber seit seinem 3. Lebensjahr in Berlin – erst in Köpenick und jetzt in Hellersdorf. An der Alice-Salomon-Hochschule studiert Markus Soziale Arbeit und arbeitet dort auch im Computerzentrum. In seiner Freizeit singt er im Hellersdorfer Jugendchor und ist der Schatzmeister des Chors.

Wie viele fand Markus über seine Eltern zur LINKEN. Doch nicht nur die Sozialisation führte ihn zur LINKEN. Auch die Erkenntnis, dass DIE LINKE, im Vergleich zu den anderen Parteien, die besten Argumente hat, machte Markus zum LINKEN-Wähler und später auch zum Parteimitglied. Die anderen demokratischen Parteien haben für Markus eine zu verfestigte Struktur.

Die Bündnisgrünen bezeichnet er als „FDP mit Ökopolitur“. Bei aller Kritik an den anderen Parteien gibt es für Markus natürlich auch bei diesen interessante Menschen.

Markus ist in der Jugend-BO aktiv und beteiligt sich dort zum Beispiel bei der Organisation von Kinderfesten oder beim Flyerstecken

im Wahlkampf. Um mehr Jugendliche zu erreichen, sollte die Jugendgruppe auch verstärkt auf Online-Inhalte setzen, sagt Markus. Damit meint er nicht nur Facebook. Viele Jüngere fänden Facebook nicht mehr so attraktiv, seitdem auch ihre Eltern dort ein Profil haben.

DIE LINKE und die Linksfraktion im Bezirk machen ihre Arbeit an sich sehr gut, findet Markus. Nur sollte öfter erkennbar sein, dass es DIE LINKE ist, die gerade etwas für die Menschen im Bezirk tut.

Um der Gefahr von rechts zu begegnen, sollte DIE LINKE noch klarer erkennbar sein und den Menschen ihre Ängste nehmen, sagt Markus. Viele wählten auch aus Unsicherheit bzw. Desinformation rechte Parteien.



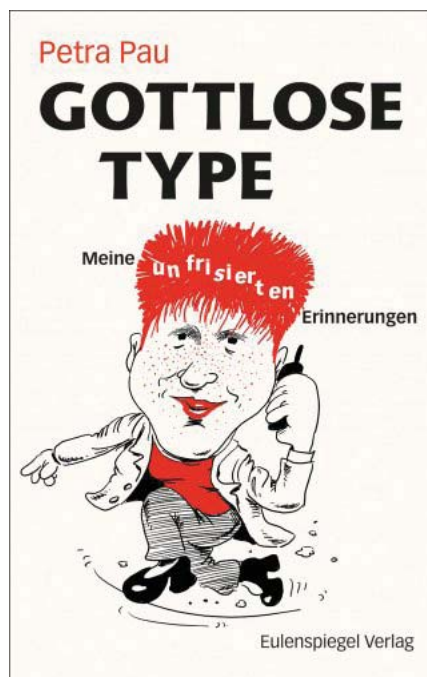
Markus Kurowski in Aktion - bei Demonstrationen ist er dabei!
Foto: privat

Petra Pau (MdB): „Birne“ und anderes Fallobst

Es begab sich im Herbst vorigen Jahres. Ich war bei einer Stiftung zur DDR-Geschichte. Die Geschäftsführerin schilderte mir aktuelle Probleme. Es fehlt an Geld für den laufenden Betrieb. Wir kamen auf die UKPV zu sprechen, die „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“. Meine junge Begleiterin verstand sichtlich nichts. Zum Abschied wurden wir durch die Räume geführt. Überall hingen Plakate oder Karikaturen, die etwas mit der Einheit Deutschlands zu tun haben. Auf einer waren ein halber Apfel und eine halbe Birne notdürftig zusammen geklammert. Es fiel die Bemerkung: „Das mit der Birne sei aber sehr direkt.“ Meine junge Mitstreiterin sah wieder fragend ins Rund. Sie ist Jahrgang 1992 und hatte bislang weder gehört, noch gelesen, dass „Birne“ der Spitzname von Ex-Kanzler Helmut Kohl war. Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Es gibt Geschichten, selbst in der jüngeren Geschichte, alsbald verlorene, wenn sie nicht weitergegeben werden.

Und so begannen wir solche aufzuschreiben, erst zehn, dann zwanzig und als 29 Episoden zu Papier gebracht waren, kam uns die Buch-Idee. Der Eulenspiegel-Verlag zeigte sich so-

fort interessiert. Das hat mich sehr gefreut. Und so erscheint Mitte Februar „Petra Pau: Gottlose Type – meine unfrisiereten Erinnerungen“ mit über 50 Geschichten aus den zurückliegenden zwei Jahrzehnten. Darunter



sind heitere, ernste und überraschende, so wie ich sie erlebt habe. Begonnen beim Titel „Gottlose Type“. Das war ein CSU-Fluch, der im Bundestag offiziell protokolliert ist und mich treffen sollte. „Der große Bibeltest“ hieß 15 Monate später eine ZDF-Sendung. Für ungläubige Gläubige gewann ich „Gottlose“ überraschend das Finale dieser Oster-Show mit Thomas Gottschalk, ausgerechnet ich, die Rote aus dem Osten.

Natürlich kommt auch Marzahn-Hellersdorf vor. „Wenn man in Marzahn aufgewachsen ist und das unbeschadet überlebt hat, ist man zu allem fähig.“ So kommentierte seinerzeit Sportreporter Wolf-Dieter Poschmann die WM-Medaillen von Betty Heidler im Hammerwurf. Ich lud ihn aus dem tiefen Westen in den nahen Osten ein. Er kam nie. Er hatte nicht einmal geantwortet, es mangelt ihm an Wuhle-Tugend.

Andere Geschichten spielten in Israel, in Prag, in Oberstaußen oder im eigenen „Laden“, typisch bis sonderbar. Als das Manuskript fertig war, staunten wir manchmal selbst: Stimmt, das war ja auch noch. Vielleicht geht es anderen auch so. Der Verlag wünscht viel Vergnügen, ich auch.

Abgewickelt – Niedergang und Chance

Um ostdeutsche Lebensläufe unmittelbar nach der sogenannten Wende ging es am 14. Januar bei „Brauer lädt ein“ im Berliner Tschechow-Theater.

Es war die zweite Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der 1998 von der Publizistin Katrin Rohnstock gegründeten Firma Rohnstock Biographien. Rohnstock und ihr Team haben es sich zur Aufgabe gemacht, Geschichten, die das Leben schreibt, aufzubewahren. Dabei spezialisierte sie sich auf das Schreiben von Autobiografien und Firmengeschichten der Ostdeutschen. Mit dem Beitritt zur BRD und dem Zusammenbruch der Wirtschaft schlossen reihenweise Betriebe, Arbeitslosigkeit griff um sich. Das Buch „Mein letzter Arbeitstag. Abgewickelt nach 89/90. Ostdeutsche Lebensläufe“ schildert unterschiedliche Schicksale in der Wendezeit aus einer sehr persönlichen Sicht, im gegenseitigen Respekt und macht Geschichte lebendig. Zusammen mit dem vorher entstandenen „Jetzt reden wir: Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist“ eine Antwort auf die Abqualifizierung der DDR aus der Sicht der Sieger.

Jutta Matuschek, wirtschaftspolitische Sprecherin der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, moderierte nach einer Einführung von Wolfgang Brauer souverän die Podiumsdiskussion. Den Fragen des interessierten

Publikums stellten sich Klaus Lemnitz, bis 1992 Mitarbeiter im VEB Kombinat Automatisierungsanlagenbau in Berlin-Marzahn und seit 2003 geschäftsführender Vorsitzender



Klaus Lemnitz, Jutta Matuschek, Katrin Rohnstock (v.l.n.r.)

einer Genossenschaft, und Katrin Rohnstock, Herausgeberin des Buches.

Lemnitz bezeichnet sich als Wendegewinnler. Er ging in die Arbeitslosigkeit, weil er im Zuge der Abwicklung in seinem Betrieb nicht entscheiden wollte, wer gehen soll. Nach der üblichen Zeit als Umschüler und ABM-Kraft wagten Lemnitz und seine Frau den Weg

in die Selbständigkeit. Seit 2003 ist er geschäftsführender Vorsitzender einer Genossenschaft in Prenzlauer Berg und engagiert sich im Bötzowviertel. Seine Familiengeschichte, die Eltern haben KZ und Zuchthaus erlebt, hat ihm geholfen, nie den Optimismus zu verlieren, sagt Lemnitz.

Katrin Rohnstock erinnert an die Kehrseite der Medaille. Die Selbstmordrate stieg nach 1989 um 25 %. 6 Millionen Menschen wurden arbeitslos, vier Millionen wanderten aus. Ganze Regionen litten unter Strukturumbrüchen. Bis heute werden oftmals Lebensleistungen aus der DDR nicht anerkannt.

Der Neuanfang stürzte

viele in den Ruin, bot aber auch Chancen, wie sie Klaus Lemnitz ergriff.

In der lebendigen Diskussion wurde deutlich, dass gegenseitige Toleranz in der Kommunikation sehr wichtig ist.

Text und Foto:
Sabine Behrens

Roter Mohn und rotes Sofa: Vernissage mit Hannelore Jäger

Kaum wiederzuerkennen ist gegenwärtig das Büro der Abgeordneten Regina Kittler und Dr. Manuela Schmidt auf dem Helene-Weigel-Platz. Dreißig Gemälde von Hannelore Jäger schmücken die Wände und geben dem Büro das Flair einer Mini-Galerie. Vor allem Blumen liebt die Malerin, darunter von Herzen die roten, und den Klatschmohn ganz besonders. Kann sich ein rotes Büro trefflicheren Zimmerschmuck wünschen?

Die Marzahner Malerin Hannelore Jäger war mit ihren Bildern gut besuchtes Thema des Januar-Treffpunkts ROTES SOFA. Regina Kittler befragte sie zu Biografie, Maltechniken und Bilder-Themen, auch zur Motivation der Künstlerin, die erst spät mit dem Malen begann. Zur Überraschung der ca. 30 Teilnehmer erzählte sie auch von ih-

ren gesundheitlichen Problemen. Denn länger anhaltende Schmerzen waren ihr Anlass,

und Landschaften – als Pastell- oder Tuschezeichnung und auch mal als Ölgemälde. So sind ihre Impressionen von der Feldberger Seenlandschaft wirklich sehenswert. Auch wer auf abstrakte Malerei steht, kommt auf seine Kosten.

Mehr über Hannelore Jägers Bilder zu schreiben, verbietet sich von selbst. Denn Bilder muss man SEHEN statt beschreiben. Gelegenheit dazu ist zu den Öffnungszeiten im Büro Helene-Weigel-Platz 7 (Eingang links neben dem griechischen Restaurant „Akropolis“):

Montag
von 15 bis 18 Uhr
Dienstag und Freitag
von 10 bis 12 Uhr und
Mittwoch
von 14 bis 16 Uhr.



Regina Kittler (links) im Gespräch mit der Künstlerin Hannelore Jäger während der Ausstellungseröffnung.
Foto: W. Reuter

zum Pinsel zu greifen. „Malen ist die beste Schmerz-Therapie; dabei vergisst man alles.“ Neben Blumen-Motiven ist Hannelore Jäger eine einfühlsame Beobachterin von Natur

Und sollten sich weitere Mal-Enthusiasten finden, kann auch für sie in Zukunft eine Ausstellungsmöglichkeit eingeräumt werden. Die gegenwärtige hängt noch bis zum 27. Februar.

Peter Kolbe

Kurz informiert:

Aus dem Bezirksvorstand

Aus aktuellem Anlass geht es diesmal nicht einfach um die Sitzungen des Bezirksvorstandes. Im Bezirk läuft zurzeit die Abstimmung über die Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2016/2017, und daran sind natürlich die Mitglieder des Bezirksvorstandes und der Fraktion aktiv beteiligt. Die Ergebnisse werden erst nach Redaktionsschluss vorliegen, aber mir scheint, es lohnt sich, erste unmittelbare Eindrücke darzustellen.

Mit 404 Vorschlägen haben wir einen neuen „Bezirksrekord“ erreicht. Es ist ohne Zweifel erfreulich, dass sich also viele Bürger Gedanken darüber gemacht haben, was im Bezirk verbesserungswürdig ist. Das hat aber auch eine Kehrseite: Aus so vielen Vorschlägen sechs (fünf Ausgabevorschläge, einen Sparvorschlag) auszuwählen, fällt offenbar schwer. Ehrlich: Wer arbeitet denn an einem Stand „im Vorbeigehen“ 404 Vorschläge durch, um eine fundierte Auswahl zutreffen? Da spielt dann schon auch der Zufall eine Rolle. Zu den häufigen Fragen vor den Abstimmungstafeln gehörte, ob man nicht ein paar mehr Punkte bekommen könnte - das geht natürlich nicht. Vielleicht sollte man die Auswahl zur Abstimmung in begründeter Weise etwas einschränken.

Es gibt Vorschläge, die nicht den Bezirk, sondern das Land oder gar die Bundesebene betreffen - natürlich sollten die ernsthaft zur Kenntnis genommen werden, aber eignen sie sich wirklich für eine lokale Abstimmung?

Bei Gesprächen mit den Bürgern in den Abstimmungszentren kommt die Rede natürlich auch auf den laufenden Haushalt 2014/2015, da sind wir ja schon in der zweiten Hälfte, und die Frage nach umgesetzten Vorschlägen ist dann ja wohl berechtigt.

Und da gibt es ein Problem: Die Internetseite „mischen-sie-mit.de“ verzeichnet für den laufenden Haushalt einen einzigen umgesetzten Vorschlag: „Barrierefreier Zugang zum S-Bahnhof Kaulsdorf“. Der gleiche Vorschlag ist aber auf dem großen Plakat zum Bürgerhaushalt als umgesetzter Vorschlag aus 2012/2013 dargestellt. Und sucht man nach Vorschlägen, die sich „in der Umsetzung“ befinden, so erhält man die Information „Zu diesen Auswahlkriterien wurde kein Vorschlag gefunden“. Das spornt nicht gerade zur Beteiligung an - auch wenn ich vermute, dass die Ergebnisse besser sind, als die Internetseite im Moment ausweist.

Jedenfalls: Der Bürgerhaushalt ist eine gute Sache, die aber noch weiter verbessert werden kann. Da sollten wir nicht bis zum Bürgerhaushalt 2018/2019 warten.

Bernd Preußer

Gedenken in der BVV

Anlässlich der Befreiung von Auschwitz vor 70 Jahren und des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar war Horst Selbiger - einer der letzten Zeitzeugen und Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung - als Gastredner geladen. Selbiger ist Mitglied des VVN/BdA und Ehrenvorsitzender von „Child Survivors Deutschland“ - eines Zusammenschlusses von Menschen, die als Kinder als Juden durch die Nationalsozialisten verfolgt wurden. Selbiger sollte während der sogenannten Fabrikaktion im Februar 1943 deportiert werden. Die Proteste in der Rosenstraße retteten ihn. Wieder zur Zwangsarbeit verpflichtet, sicherte er bis Kriegsende zerbombte Häuser in Berlin. In seiner Rede kritisierte Selbiger die personelle Kontinuität des NS in der alten Bundesrepublik sowie den aktuellen Antisemitismus, wie er sich beispielsweise bei den antiisraelischen Protesten im vergangenen Jahr äußerte. Ein Skandal ist es für ihn auch, dass Putin nicht zu den Gedenkfeierlichkeiten eingeladen war.

Beim Bericht aus dem Bezirksamt wies unsere Sozialstadträtin Dagmar Pohle auf die 10. Sozialtage, die am 26. Februar um 13 Uhr am Eastgate eröffnet werden, hin. Unsere Kulturstadträtin Juliane Witt freute sich, dass die Kulturloge jetzt auch in Marzahn-Hellersdorf Karten für Menschen mit geringem Einkommen anbieten wird. Zudem gab sie den Termin für die Eröffnung des Schlosses Biesdorf bekannt: Am 13. September 2015 werden die Innenräume für die Nutzung eröffnet und am 1. August 2016 sollen die Außenanlagen fertig sein.

Die Fraktion der Piraten hatte in dieser Sitzung den Personalabbau zum Thema gemacht. Dieser ist überall zu spüren: So bietet das Amt für Gesundheit und Soziales vom 9. bis 20. März nur noch eine Notsprechstunde an. Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) antwortete, dass im Rahmen des durch die Koalition im Bezirk beschlossenen VZÄ-Abbaus bis zum Jahr 2020 175 Stellen abgebaut werden sollen. Komoß sieht aber mittlerweile auch, dass die Situation im Bezirksamt und in den Bürgerämtern nicht mehr haltbar ist. Der hohe Krankenstand, die Überalterung des Personals (Altersdurchschnitt von 55 Jahren) und die mittlerweile erfüllten Sparauflagen des Senats sind die Gründe für die desolate Situation. Der Rat der Bürgermeister fordert

nun 1234 VZÄs zusätzlich. Nahezu alle Berliner Bezirke - auch Marzahn-Hellersdorf - benötigten über 90 zusätzliche Stellen. Man werde weiter mit dem Senat verhandeln. Für die Bürgerämter soll es nun vier neue Stellen geben, die aber bereits für das Jahr 2014 geplant waren.

Nach unserer erfolgreichen Veranstaltung zum ehemaligen Kino „Sojus“ lenkt nun auch die CDU beim Thema ein. In einem Antrag fordert sie einen Runden Tisch, der das weitere Vorgehen sowie eine kulturelle Nutzung des Gebäudes prüfen soll. Die Linksfraktion sowie Piraten und Bündnisgrüne traten dem Antrag bei, der nun im Ausschuss weiter beraten wird. Unser Antrag zum Sojus war im Dezember noch abgelehnt worden.

Positives gibt es auch beim Thema Bürgerhaushalt zu berichten:

404 Vorschläge wurden eingereicht. Doppelt so viele wie beim vorherigen Verfahren. Dies ist sicher auch der Werbung für den Bürgerhaushalt mit einer Einlage in der Berliner Woche geschuldet. Auch der auf Antrag der Linksfraktion durchgeführte Workshop brachte viele gute Vorschläge, die aufgenommen wurden. Ein einheitliches und klares Verfahren für die Beratung der Bürgerhaushaltsvorschläge in der BVV und den entsprechenden Fachausschüssen sowie ein ganzjähriges Verfahren wird es aber weiterhin nicht geben, wie Kristian Ronneburg kritisierte.

Die Antworten zu unseren großen Anfragen zum sozialen Wohnungsbau und zu Bebauungsplanverfahren waren wenig befriedigend. Laut Bezirksstadtrat Gräff (CDU) gibt es 104 laufende Bebauungsplanverfahren, acht davon vorhabenbezogen. Den öffentlich geplanten sozialen Wohnungsbau gibt es nicht mehr. Der Senat hat jedoch ein neues Förderprogramm aufgelegt. Ein beantragtes Vorhaben eines privaten Investors am Blumberger Damm wird mit Mitteln aus diesem Programm gefördert. Ob ein soziales Wohnungsbauprojekt für den Bezirk ausreicht, ist jedoch fraglich. Die Mieten steigen hier stärker als in anderen Bezirken. Neue Wohnungen im mittleren Preissegment, wie Gräff es fordert, reichen nicht. Wir brauchen Wohnungsbauvorhaben in allen Segmenten, wie Frank Beiersdorff zu Recht betonte.

Thomas Braune

Grafik aus:

<http://www.child-survivors-deutschland.de/>



Am 13. April 2001 wurde der Verein Child Survivors Deutschland e.V. - Überlebende Kinder der Shoah -, ein Verein von Betroffenen für Betroffene, gegründet.

Hier haben sich Menschen zusammengeschlossen, die als Kinder in der NS-Zeit wegen ihres Judentums beziehungsweise ihrer jüdischen Wurzeln verfolgt wurden

Juliane Witt: Auf dem Weg zum Bilderschloss

Mit dem Richtfest am 12. Dezember wurde noch zum Jahresende 2014 ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sich hinter dem großen Gerüst des Schlosses Biesdorf etwas tut und inzwischen das Baugeschehen deutlich vorangeht. Nach dem Start der Baumaßnahmen im Oktober 2013 war nach einem Jahr Sicherungsmaßnahmen und Abriss im Herbst 2014 die Erkenntnis recht erschreckend: Der Brand vom Ende des 2. Weltkrieges und das einstürzende Obergeschoss hatten doch mehr Schäden hinterlassen als lange sichtbar. Die Eingangstreppe - jahrelang genutzt - lag auf einem Berg von Schutt und stellte eine große Gefahr dar. Zu Recht gab es Sorgen, wann das Projekt je fertig werden würde und dass die Fördermittel nicht reichen. In dieser Situation musste klar gesagt werden: Es würde länger dauern, denn bis zum 30. September 2015, wenn alle Fördergelder abgerechnet sein müssen, würde nur ein Teil der Baumaßnahmen umsetzbar sein.

Die denkmalgerechte Wiederherstellung des gesamten Projektes würde bis September 2015 nicht zu leisten sein, höchstens innen würde man so viel wie möglich erstellen können. Deshalb wurde mit Zustimmung der Fördermittelgeber beschlossen, die Gesamtmaßnahme in zwei Teilprojekte aufzuteilen: Es

wurde noch ein Teilprojekt B angeschlossen, in dem dann die Außenfassaden separat bis Sommer 2016 wieder hergestellt werden. Die Forderung der Fördermittelgeber, dass spätestens bis Dezember 2016 der Galeriebetrieb



aufgenommen wird, trägt dem Rechnung und war entscheidend für die Logistik der beiden Teilprojekte. Mir war beim Richtfest wichtig, allen zu danken, die den Hauptanteil daran

hatten, dass gemeinsam immer wieder die Hürden überwunden werden konnten: Dem Verein Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte, dem MHWK, dem Heimatverein und den Akteuren vom Stadtteilzentrum. Aktuell wird intensiv und in zwei Schichten gebaut, damit auch alle Fördermittel verbaut werden können. Die gute Nachricht ist, dass der erste Bauabschnitt früher als gedacht zum 1. August 2015 übergeben werden wird. Zu danken ist den Handwerkern, die hier Außergewöhnliches leisten, um das Denkmal mit allen heutigen Standards wieder neu aufzubauen.

Der 2. Bauabschnitt mit dem Außenbereich und der Fassadengestaltung schließt sich dann an, hier ist das Ziel zum 1. August 2016 fertig zu sein. Dass während der Bauphase bereits im Innern und mit Wegführung durch die Gerüste auch einzelne Aktionen starten können, um die Vorfreude auf den Start der Schlossgalerie zu steigern, ist eine Idee vieler Akteure. Konkret könnte dies bedeuten, dass zum Tag des Offenen Denkmals in diesem Jahr bereits einige Innenräume genutzt werden könnten. Gut ist, dass diese Zeit dann bereits für die Vorbereitung der Ausstellungen und Kunstprojekte im Haus direkt genutzt werden kann. Der künftige Betreiber wird zum August 2016 das Haus übernehmen.

Wolfgang Brauer (MdA):

Warum ein neuer Untersuchungsausschuss?

Im September 2010 wurde das Opernhaus Unter den Linden geschlossen. Die Staatsoper sollte für drei Jahre das Schiller-Theater in Charlottenburg nutzen. Aus drei mach sieben: Vor Herbst 2017 ist mit einer Wiedereröffnung nicht zu rechnen. Aus zwei mach vier: Geplant waren Baukosten in Höhe von 239 Millionen Euro. Wir sind jetzt bei offiziell 386 Millionen Euro angelangt, mit allen Nebenkosten dürfte das Projekt bei 440 bis 450 Millionen Euro enden.

Für uns ist das ein Grund, mit den anderen Oppositionsfraktionen am 19. Februar die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beantragen. Der wird nicht die Baukosten minimieren können. Die Oper wird auch nicht schneller fertig gestellt werden. Wir wollen herausfinden, wer die politische Verantwortung für dieses Desaster trägt. Wir möchten wissen, welche entscheidenden Planungsfehler zu dieser ungeheuren Mittelverschwendung führten. Wir möchten herausfinden, wie bei



Wolfgang Brauer ist kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: DIE LINKE. Berlin

dafür sorgen, dass es wirklich für die nächsten Jahrzehnte nutzbar bleibt. Das kostet. Aber es ist ein Unding, solche Bauvorhaben ohne präzise und geprüfte Bauplanungen zu beginnen. Selbst der immer wieder zitierte schwierige Baugrund war bekannt. Übrigens macht der nur 4 % (!) der Kostensteigerungen aus. Wir forderten schon im Mai 2011 einen sofortigen Baustopp und die Vorlage einer soliden und geprüften Bauplanung unter Verzicht auf bauliche Albernheiten wie das „unterirdische Bauwerk“. Die Oper wird übrigens so gebaut, dass eine oberirdische Kulissenanlieferung möglich ist. Unsere Vorstöße in Richtung eines transparenteren Verfahrens wurden immer wieder abgelehnt.

künftigen Großbauten in Zukunft verantwortungsbewusster mit den öffentlichen Mitteln umgegangen werden kann. Auch wir stehen hinter der Notwendigkeit, das Haus zu sanieren. Das war überfällig. Und wer ein altes Gebäude repariert, sollte

Ein Untersuchungsausschuss ist die schärfste Waffe eines Parlamentes. DIE LINKE meint aber, diese zu ziehen, ist überfällig. Angesichts der Tatsache, dass im eigenen Bezirk Turnhallen wegen defekter Dächer gesperrt werden müssen, ist solche Misswirtschaft überhaupt nicht tolerierbar!

Die IGA 2017- eine besondere Herausforderung ...

Im Folgenden und in den nächsten Ausgaben möchte ich gern zu einigen ausgewählten Aspekten der IGA 2017 unter dem Aspekt „Nachhaltigkeit“ Stellung nehmen. Ich hoffe, ich kann dafür demnächst dann hoffentlich vorliegende Antworten auf einige meiner an die Geschäftsführung gerichtete Fragen verwenden ...

Große Gartenschauen haben eine lange Tradition in Deutschland. Die erste Allgemeine Deutsche Gartenbauausstellung mit internationaler Beteiligung fand 1865 in Erfurt statt. Gartenschauen entwickelten sich zu Präsentationen der Leistungsfähigkeit der Garten- und Landschaftsbauindustrie und ihrer Verbände und nebenher profitierten und profitieren auch die Chemische Industrie mit ihren Düngemitteln oder die Saatzucht einschließlich ihrer modernen Gentechnik ...

Und das alles kofinanziert mit Steuermitteln! Aber Gartenschauen haben auch Auswirkungen auf ihre Umgebung und die weitere Entwicklung der jeweiligen Stadt, auch ver-

bunden mit Hoffnungen und Befürchtungen. Und meist treten positive und negative Effekte nebeneinander auf. Zum Beispiel erfolgte zur BUGA die Konversion einer großen, früher von der Sowjetarmee genutzten

Fläche, zugleich erschrecken Menschen, die die Stadt wie ich seit Jahrzehnten kannten: Wohl über 100 alten Eichen am Seeufer hatte man den Garaus gemacht. Derart „hart“ sind die Auswirkungen nicht, die wir bezüglich der IGA 2017 in Marzahn-Hellersdorf erleben werden. Dennoch muss man sich vergegenwärtigen, dass das Wuhletal der längste zusammenhängende Grünzug Berlins und der Bereich um den Wuhle- teich dabei einer der sensibelsten des Landschaftsraumes ist. Dabei ist die weitere Renaturierung der Wuhle nach 2018 ebenso zu beachten wie die potenzielle Wiedervernässung der Bereiche südlich davon – denn hier vermutet man auch noch wertvolle Reste von Moor. Eine Botschaft an professionelle wie Hobbygärtner: Bitte schon das Archiv des Bodens und CO₂-Speicher „Moor“ – verwendet bitte keinen Torf!

Frank Beiersdorff

**IGA
BERLIN
2017**
INTERNATIONALE
GARTEN
AUSSTELLUNG

Maschinenstürmer im 21. Jahrhundert

Die virtuelle Welt der elektronischen Kriegsspiele trat in die deutsche Realität.

Nicht zu fassen ist, dass es in unserer heutigen, von internet und iPhones, Apps etc. multimedial geprägten Zeit noch Akte der Maschinenstürmerei gibt. So geschehen am 15.

sich der IGA 2017, die sich gegen die Umwelt richte, weiter entgegen zu stellen. Ergebnis ist allerdings, dass aus den von den „Öko-Terroristen“ schwer beschädigten Baugeräten Betriebsflüssigkeiten austraten und ins Erdreich einsickerten – das Umweltamt ermittelt.



Dezember in den Gärten der Welt, wo sich an dort abgestellter schwerer Bautechnik Unbekannte mittels US-amerikanischer Baseballschläger und Molotow-Cocktails (Notlösung der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg) austoben – die Polizei ermittelt. Die Primitivbarbaren sprayten (das Verfahren ist ebenfalls eine technische Erfindung moderner Zivilisation) ihre Drohung wiederzukommen und

Schaden für die Natur und das Ansehen des Stadtbezirks – das Nachsehen haben die Marzahn-Hellersdorfer.

Das Bauunternehmen wird von Versicherungen entschädigt und an der Schadensbeseitigung verdienen mehrere Unternehmer.

Bernd-R. Lehmann, IG BAU
(Text und Foto)

Aus den Siedlungsgebieten

Ein Bürgerhaus für Mahlsdorf-Süd!

Bereits im Jahr 2012 gründeten engagierte Bürgerinnen um die jetzige Vorsitzende Gisela Würzebesser in Mahlsdorf-Süd einen Bürgerverein. Die Bürgerinnen beklagten damals, dass in ihrem Wohngebiet zu wenig Angebote im Freizeitbereich vorhanden sind. Vor allem ein Veranstaltungsraum mit rund 150 Plätzen fehlt. Die vorhandenen Kapazitäten im Stadtteiltreff der AWO am Hultschiner Damm reichten für die Bedürfnisse der Anwohnerinnen nicht aus. Der Verein ist zu einem festen Bestandteil des soziokulturellen Lebens in Mahlsdorf-Süd geworden.

Er organisiert Konzerte, Videovorträge, Busfahrten, Singekreise, Filzworkshops, Preisakat im „Kieke mal“, Pflanzentauschbörsen, Rechtsberatung, Märkte, Qi Gong, Nordic-Walking, Kaffeenachmittage, Malzirkel, Kiezfrühstück und Seniorengymnastik. Der Verein arbeitet eng mit den vorhandenen Einrichtungen wie dem Stadtteilzentrum der AWO, dem Verein pad e.V. mit seiner Jugendfreizeitstätte „Am Hultschi“, der Kirche und anderen Vereinen sowie Einrichtungen zusammen. Die Größe der Räumlichkeiten reicht nach den Erfahrungen des Vereins allerdings nicht aus. Der Verein hat das Ziel in Mahlsdorf Süd ein Bürgerhaus für kulturelle und sportliche Veranstaltungen zu erhalten.

Die Linksfraktion unterstützt mit der Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung dieses Ziel und hat bereits im Februar 2014 den Beschluss gefasst, ein solches Bürgerhaus in die Investitionsplanung 2018/2019 aufzunehmen. In den bevorstehenden Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 und den Anmeldungen zur Investitionsplanung des Bezirkes werden wieder alle Pläne auf den Prüfstand gestellt. Im Angesicht des baulichen Zustandes von Schulen, Kultur- und Freizeitstätten und anderen geplanten Vorhaben wird es in im Bezirksamt und in der BVV zu Auseinandersetzungen bei der Festsetzung der Prioritäten der Planungen kommen.

Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Sozialstadträtin Dagmar Pohle kündigte in der Januar-Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Senioren an, dass sie das Bürgerhaus Mahlsdorf-Süd als wichtige Priorität umsetzen will. Die Linksfraktion in der BVV wird darauf achten dass diese Zielstellung im Verlaufe der Haushaltsberatungen umgesetzt wird.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Keine Leute, keine Leute ...

... das kennt doch mancher noch aus alter DDR-Zeit. Heutzutage heißt es eher: Keine Arbeit, keine Arbeit ...

Aber nein – auch an Leuten fehlt es, insbesondere in den Verwaltungen und Ämtern. Und das liegt ganz einfach am fehlenden Geld in der Rathauskasse. Die stellvertretende Stadtbezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle weiß davon ein (trauriges) Lied zu singen. Beim 21. Politischen Frühschoppen mit der Abgeordneten Regina Kittler am 25. Januar schilderte sie die brenzlige Situation, über die sich auch die Bürger oft beschwerten: Um beispielsweise einen neuen Ausweis zu erwerben, muss man ziemlich eisern und ausdauernd sein – von langen Wartezeiten und Internet-Zugang mit Termin-Buchung als Voraussetzung einmal abgesehen. Rigorose Personal-Kürzungsvorgaben aus dem Roten Rathaus sind die Ursache. Da ist in nächster Zeit auch unter Bürgermeister Michael Müller kaum Besserung zu erwarten.

Das war jedenfalls von Regina Kittler zu hören. Die Senatsklausur mit dem neuen „Re-

gierenden“ brachte bisher kaum Hoffnungen auf politische Neuanfänge in Berlin. Die angekündigten Personalaufstockungen von 31 Stellen in den Bürger- und 59 Stellen in den Sozialämtern für ganz Berlin sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Und der Plan, sich um Olympia 2024 zu bewerben, sei angesichts



Dagmar Pohle (re.) und Regina Kittler stellen sich den Fragen der Gäste. Foto: privat

der Erfahrungen mit Großprojekten wie dem BER, riesiger Lücken im Stadtsäckel und einem Sanierungsstau von 2 Mrd. € allein in den Schulen, auch sehr bedenklich.

Norbert Seichter, Bezirksvorsitzender der LINKEN, nahm unter anderem zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtbezirk Stellung. Für ihn sei die Einquartierung im „Heim“ oder in Turnhallen eine Notlösung, auf Dauer schwer zumutbar, die Suche nach echtem Wohnraum deshalb dringend nötig. Er schilderte die Situation von in Berlin ankommenden Flüchtlingen, die sich an den erstbesten Polizisten auf der Straße wenden, der nach der Aufnahme der wichtigsten Personalien erst einmal nach einer Unterkunft für die nächste Nacht fahnden muss ...

Viele Fragen wurden gestellt und auch Angebote unterbreitet, beispielsweise zur privaten Aufnahme einzelner Flüchtlinge oder kleiner Flüchtlingsfamilien. Für die Mietkosten kommt das Land Berlin auf. Näheres kann man erfragen unter wohnraum-fuer-fluechtlinge@ejf.de.

Satirisches in Wort und Lied gab es wieder mit Wolfgang Reuter, dessen Rückgriff auf ältere Texte z. B. daran erinnerte, wie lange schon der aktuelle „Religions-Konflikt“ die Gemüter erhitzt (siehe auch untenstehendes Gedicht „Mein Gott heißt Lessing“ aus dem Jahre 2006!).

Peter Kolbe

Hakan Tas: Gespräche, worüber denn!?

Wir erleben zurzeit ein eigenartiges Phänomen. In den Städten der Republik, wo der Anteil von Muslimen und Muslima und Menschen mit Migrationshintergrund im Promille-Bereich liegt, gehen Zehntausende Menschen gegen die „Islamisierung und Überfremdung“ auf die Straßen. Kurios ist dabei, dass der – jetzt zurückgetretene – Anführer dieser Bewegung, der straffällig gewordene Migrant/innen ausweisen will, selber vorbestraft ist und sich seinerzeit dem Strafvollzug durch die Flucht nach Südafrika entzogen hatte.

Wie diffus die Teilnehmenden dieser Demonstrationen denken, zeigt ein mitgeführtes Plakat: „Ich will kein Nordirland, deshalb stoppt den Islam in Europa.“ Ich ging immer davon aus, dass in Nordirland militante Christen aufeinander losgegangen sind.

Es ist bekannt, dass die Erwartungen der Menschen aus den neuen Bundesländern im Zuge der Wiedervereinigung nicht erfüllt wurden und viele in sozialer Armut leben. Allerdings kann dies keine Begründung für Sündenbocksuche und Rassismus sein. Zumal erste Untersuchungen verdeutlichen, dass ein Großteil der Demonstrierenden der Mittelschicht angehört. Meiner Ansicht nach haben wir es hier nicht mit einem „sozialen Protest“ zu tun, sondern mit dem „Rassismus der Mitte“. Insofern kann ich auch kein Verständnis für die Ängste der „besorgten Bürger“ entwickeln und halte Gesprächsangebote für ein falsches Signal.

Allerdings hat diese Bewegung einen „diagnostisch positiven“ Effekt erzeugt. Sie hat überall in der Republik massenweise Gegenbewegungen und Solidaritätsbekundungen mit Flüchtlingen und Asylsuchenden erzeugt. Wir haben hierzulande keineswegs zu viele Flüchtlinge, wie von Flüchtlingsgegnern häufig suggeriert wird. Vielmehr besteht in diesem Bereich ein organisatorisches und politisches Unvermögen der politisch Verantwortlichen, angemessene politische Konzepte zur Unterbringung und Teilhabe der Flüchtlinge zu entwickeln.

Unsere Stadt hat genug Ressourcen, um Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Viele Menschen in der Stadt sind auch bereit, in diesem Bereich mitzuwirken, wenn sie frühzeitig eingebunden werden. Ob der Berliner Senat bereit ist, hier neue Wege zu gehen, wird sich zeigen. Die Tatsache, dass er die Vereinbarung mit den „O-Platz-Flüchtlingen“ zuerst hochgelobt und später nicht eingehalten hat, deutet darauf hin, dass wir es auch in Zukunft mit einem Senat zu tun haben werden, der die Flüchtlinge als Problem statt Chance betrachtet. Ich hoffe jedoch, dass die kontinuierlich erstarkenden Solidaritätsbewegungen den Druck auf die politisch Verantwortlichen erhöhen und somit zu einem Umdenken in der Flüchtlingspolitik beitragen.

Hakan Tas ist Sprecher der Berliner Linksfraktion für Inneres, Partizipation und Flüchtlinge

Mein Gott heißt Lessing

Sie nennen es „Streit der Kulturen“, doch geht es ihnen dabei nur um religiöse Leitfiguren.

Wo bleibt beim Streit da die Kultur?

Sind Kreuzzüge erneut im Kommen?
Bekämpft der Muselman den Christ?
Ist Krieg ein Mittel für die Frommen?
Da bleib ich lieber Atheist.

Schon siebzehnhundertneunundsiebzig beschwor Herr Lessing seine Zeit:
Wer Hass statt Liebe sät, begibt sich auf Wege zur Unmenschlichkeit.

Mich macht der Religionsstreit bange.
Es kommt nur Übles dabei raus.
„Nathan, der Weise“ sprach schon lange vor unsrer Zeit die Wahrheit aus.

Er hasste den ununterbrochenen Disput um Heiligkeit und Schmach:
„Es eifre jeder seiner unbestochnen, von Vorurteilen freien Liebe nach!“

Wolfgang Reuter
16.09.2006

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>**Heinz Florian Oertel zu Gast**

» **18.2.**, 19 Uhr, Kultur-Gut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Großer Saal, „Sport und Politik in Zeiten des Kalten Krieges“, **Heinz Florian Oertel** berichtet über seine Erfahrungen und Erlebnisse als Sportreporter bei 17 Olympischen Spielen. Moderation: Olaf Michael Ostertag, Eintritt: 2 Euro, eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forum Marzahn-Hellersdorf

Treffen im Wahlkreis

» **18.2.**, 19 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung WK 2, Thema Strukturdebatte Bezirksverband, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38

„Rotes Sofa“

» **25.2.**, 18.30 Uhr, Regina Kittler und Manuela Schmidt laden ein zur Buchvorstellung mit **Jan Korte** (MdB), der sein Buch „**Geh doch rüber. Feinste Beobachtungen aus Ost und West**“ vorstellen wird. Abgeordnetenbüro Kittler & Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, 1. OG über dem griechischen Restaurant

Frauentreffen

» **2.3.**, 18 Uhr, Frauentreffen, Gast: **Bärbel Schindler-Saefkow**, die über ihre Eltern und darüber, wie das ihr Leben bis in die Gegenwart hinein geprägt hat, sprechen wird; Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12

Hilfe zur Selbsthilfe

» **9.2.**, **23.2.** jeweils 15 - 18 Uhr, Sozialberatung mit Thomas Marks, Abgeordnetenbüro Brauer, Havemannstraße 24, 2. Etage, 12689 Berlin

Mietenratschlag

» am 4. Mittwoch im Monat von **14 - 16 Uhr, (25.2./25.3.)**, LAG Städtebau und Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus (Raum 523), Kleine Alexanderstraße 28 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

Hinten links:**Freihandel und „Schiedsrichter“**

Es gibt eine Schiedsordnung des UN Committee on International Trade Law (UNCITRAL) – an die sind Schiedsrichter nicht zwingend gebunden, weil Vorrang stets dem speziellen Investitionsvertrag gebührt.

In solchen schreiben transnationale Konzerne fest, wie die Staaten mit ihnen (den Unternehmen) und ihren Investitionen, sprich den Privatgewinnen und dem Privateigentum, umzugehen haben.

Staaten – Vertragsparteien überhaupt –, die solchen Schiedsklauseln zustimmen, unterwerfen sich bereits im Moment des Abschlusses des Vertrags der Zuständigkeit von Schiedsgerichten, deren Urteile anerkannt werden ohne jedwede Berufungsmöglichkeit.

Bis Ende 2012 sind 514 solcher Sprüche bekannt; die Dunkelziffer ist schwerlich zu schätzen. Gerade einmal 15 Schiedsrichter/-innen (meistens aus USA, Canada, GB, Europa) entschieden das Gros aller bekannten Investitionsklagen. Allein 2011 regelten drei Anwaltskanzleien (2 USA und 1 GB) nach eigenen Angaben 130 Investitionsstreitigkeiten.

Frage

Wie ist darüber zu urteilen, dass in den Aufsichtsräten solcher großer multinationaler Konzerne, die schon Staaten verklagten, mehrere prominente „Schiedsrichter“ sitzen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **10.2.**, **17.2.**, **3.3.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **4.2.**, **4.3.**, jeweils 18 Uhr, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **5.2.**, **5.3.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38

» **12.2.**, **12.3.** jeweils 19.30 Uhr, jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff

Sprechstunden

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), **9.2.**, **16.2.**, **23.2.** jeweils 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41

» **Regina Kittler** (MdA), **11.2.**, **25.2.** jeweils 15.30-17.30 Uhr, **18.2.**, 10-11 Uhr, **4.3.**, 16.30 - 17.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), **20.2.**, **6.3.** jeweils 10-12 Uhr, **9.2.**, **23.2.** jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Platz 7

» **Wolfgang Brauer** (MdA), **13.2.**, **27.2.** jeweils 11-13 Uhr, **10.2.**, **24.2.** jeweils 18-20 Uhr, Wahlkreis-Büro, Havemannstraße 24

» **Petra Pau** (MdB): **11.2.**, **10-12 Uhr**, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, **15-17 Uhr**, Stadtteilzentrum Biesdorf „Gelbe Villa“, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin, tel. Anm.: 030 99289380

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» **20.2.** (am 3. Freitag eines Monats) jeweils **18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16-18 Uhr, Di 16-18 Uhr, Mi 9-15 Uhr, Do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV: 26.2., 26.3.), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Freitag: 10 - 13 Uhr

Schließtag: 20.02.2015

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 05.01.2015. Auslieferung ab: 06.01.2015. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen 04.02. und 04.03.2015